

Ein 4:3 gegen Straßenausbaubeiträge

Das sagen die sieben Wildunger Wahlenlisten zur aktuellen Wildunger Debatte

Bad Wildungen – Der Protest der Hohlweg-Anlieger hat zur Gründung einer Wildunger Bürgerinitiative geführt, die sich für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge einsetzt. Den Wildunger Listen zur Kommunalwahl hat die WLZ-Redaktion Fragen zum Thema gestellt.

1. Soll sich die neue Stadtverordnetenversammlung mit dem Thema beschäftigen?

2. Welche Lösung bevorzugen die antretenden Parteien und Wählergruppen: Beibehaltung der Straßenausbaubeiträge, Bildung von Abrechnungsgebieten mit jährlich wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen oder Finanzierung des städtischen Straßenausbaus über eine erhöhte Grundsteuer bei Abschaffung der Straßenausbaubeiträge?

3. Gibt es eigene Ideen für eine andere Regelung?

Ergebnis: Freie Wähler, Grüne, FDP und AfD treten grundsätzlich für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein, allerdings mit unterschiedlichen Sichtweisen auf die Gegenfinanzierung. Die CDU plädiert für die geltende Straßenausbaubeitragsatzung. Die Linke will eine geänderte Straßenausbaubeitragsatzung gezielt dazu nutzen, mehr Wohnraum auf bereits bebauten Flächen zu schaffen. Die SPD stellt die prekäre Finanzlage der Stadt in den Vordergrund.

Einig sind sich alle in einem Punkt: Das Thema kommt in der nächsten Wahlperiode ab April auf die Tische der Stadtverordneten. Hier die zusammengefassten Antworten der Wahlenlisten:

■ Steuer hoch: ungerecht

Die CDU hält laut Spitzenkandidat Marc Vaupel die geltende Wildunger Straßenausbaubeitragsatzung für „zum jetzigen Zeitpunkt nachvollziehbar, da diejenigen stärker beteiligt werden, die unmittelbar vom Ausbau profitieren.“ Sie äußert Verständnis für die Anlieger, wägt aber die finanzielle Lage der Stadt ab gegen eine erhebliche finanzielle Belastung durch Beiträge von Anliegern „im Einzelfall“. Eine Abschaffung der Beiträge bei höherer Grundsteuer bewertet die Union als „nicht gerecht“, weil Kliniken von dieser Steuer befreit seien. Wollte man die 600.000 Euro Anliegeranteil am Hohlweg auf einen Schlag durch erhöhte Grundsteuer ausgleichen, müsste diese um 65 Prozentpunkte steigen. Eine höhere Grundsteuer würde unbeteiligte Eigentümer belasten, die keinen direkten Vorteil vom Ausbau hätten, kritisiert die CDU. Sie setzt vielmehr darauf, beitragspflichtige Anlieger eines Projekts frühzeitig und transparent einzubinden, mit Hilfe ihrer Lokalkenntnisse die Planungen besser an den tatsächlichen Bedarf anzupassen und so die Kosten zu senken. Die Union räumt ein, dass die Regelungen regelmäßig überprüft werden sollten auf einen fairen Ausgleich zwischen den Sorgen der Bürger und der finanziellen Tragfähigkeit der Stadt bezüglich des Straßenausbaus.

■ Ball liegt beim Bund

Die SPD erinnert daran, dass sich 2020 im Stadtparlament



Anlieger des Hohlwegs und weitere Interessierte empfangen die Stadtverordneten zur letzten Sitzung der Wahlperiode am Montagabend an der Wandelhalle mit ihrem Protest gegen die Straßenausbaubeiträge. FOTOS: MATTHIAS SCHULDT

keine Mehrheit für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge fand. Mit Blick auf die Stadtfinanzen habe nicht nur der Mut gefehlt. „Wir werden uns sicher in der kommenden Periode erneut mit dem Thema befassen“, erwartet Spitzenkandidat Axel Finger. Aber: Die Handlungsspielräume seien begrenzt. Der SPD sei sehr bewusst, „dass bei vielen, die die Altbauten am Hohlweg bewohnen, die Einkommen und Renten nicht im gleichen Maße mitgewachsen sind, wie sich Straßenausbauleistungen verteuert haben.“ Gerade bei den dortigen Grundstücksgrößen könnten soziale Härten entstehen. Zugleich nehmen die Sozialdemokraten die Verwaltung in Schutz: Der Hohlweg stehe seit 2018 in der Finanzplanung der Stadt. Das sei im Grunde bekannt gewesen. „Preise kann die Verwaltung nun mal erst nach der Ausschreibung nennen“, unterstreichen die Sozialdemokraten. Sie könnten sich jede Entlastung für den Bürger vorstellen, doch „ob wir sie uns leisten können, hängt auch von den Strukturformen ab, die uns die Bundespolitik versprochen hat.“

■ Last besser verteilen

Die Freien Wähler sind, wie in der Vergangenheit, für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und dafür, das Thema in der neuen Wahlperiode erneut zu beraten. Viele Bürgerin-

nen und Bürger empfänden die einmaligen Beiträge als große und oft schwer planbare Belastung, unterstreicht Spitzenkandidat Horst Reis. Aus Sicht der Freien Wähler sollten Kosten für die kommunale Infrastruktur auf mehrere Schultern verteilt werden. Als mögliche Alternativen sehen die Freien Wähler eine Finanzierung über eine moderat angepasste Grundsteuer als denkbaren und für alle tragbaren Weg. Gleichzeitig müsse geprüft werden, welche Modelle für Bad Wildungen langfristig finanzierbar und gerecht sind. Die Fraktion betont, dass eine Lösung gefunden werden müsse, die sowohl die Leistungsfähigkeit der Stadt berücksichtige als auch die Bürgerinnen und Bürger nicht überfordere.

■ Straßen dienen allen

Die Grünen schlagen als Alternative zu abgeschafften Straßenausbaubeiträgen eine erhöhte Grundsteuer vor. Spitzenkandidat Klaus Stütze betont: „Straßen sind nicht nur für die direkten Anlieger da, sondern auch für Besucher, Lieferverkehr, Rettungsdienste, Handwerker und viele mehr.“ Das gelte erst recht für die Fälle, in denen Kanalsanierung den Straßenausbau auslöse. Denn eine intakte, moderne Kanalisation diene als Ganzes der gesamten Stadt. Um aber durch eine höhere Grundsteuer nicht diejenigen zu benachteiligen, die gerade



Der Straßenausbau Hohlweg hat die Debatte entfacht.

erst Straßenausbaubeiträge entrichtet haben, sprechen sich die Grünen für Übergangsregeln aus. Betreffende Haushalte sollen für eine gewisse Zeit ganz oder teilweise von der Erhöhung der Grundsteuer ausgenommen sein. Auch wiederkehrende Straßenausbaubeiträge, welche die Last auf alle Eigentümer in einem Stadtviertel oder einem Stadtteil verteilen, wären eine Möglichkeit. Der größte Nachteil dabei: hoher Bürokratieaufwand. Dafür wären Kliniken als Zahler mit im Boot und Mieter würden nicht direkt belastet, wie durch die umlagefähige Grundsteuer. Fazit der Grünen: Eine Abschaffung der 22 Jahre alten Straßenausbaubeitragsatzung sei zu beraten und anderweitige Finanzierungen seien vorab durchzurechnen.

■ Bürokratie entfällt

Die FDP plädiert für den Wegfall der Straßenausbaubeiträge und betrachtet eine höhere Grundsteuer als einzige realistische Alternative der Finanzierung angesichts der vielen anderen kommunalen Aufgaben. Sie müssten ebenfalls erfüllt und bezahlt werden, betont Spitzenkandidat Manuel Luxenburger und verweist auf einen großen Investitionsstau in der Stadt. Den Straßenbau durch höhere Grundsteuern zu tragen, hat aus Sicht der Liberalen mehrere Vorteile: Bürgerinnen und Bürger müssten nicht mehr befürchten, plötzlich mit hohen einmaligen Beiträgen konfrontiert zu werden. Gleichzeitig hätte die Stadt verlässliche und planbare Einnahmen, mit denen sie langfristig investieren kann. Im Gegenzug entfalle der bürokratische Aufwand für die Erhebung der Straßenausbaubeiträge. Mit derselben Argumentation lehnt die FDP wiederkehrende Straßenausbaubeiträge ab: Zu bürokratisch, zu aufwendig. Die Grundsteuer betreffe alle Menschen in Bad Wildungen gleichermaßen, unabhängig davon, ob sie als Eigentümer Grundstücke an einer privaten, an einer Landes-, Kreisstraße oder einer anderen öffentlichen Straße besäßen.

■ Sparen im Haushalt

Die AfD bezeichnet Straßenausbaubeiträge als „ein Unding“. Es

sei nicht vermittelbar, dass Anwohner plötzlich Rechnungen über mehrere zehntausend Euro erhalten, nur weil sie an der „falschen“ Straße wöhten. „Nur weil etwas jahrelang so gemacht wurde, heißt das noch lange nicht, dass es auch der richtige Weg ist“, meint Spitzenkandidat Justin Bell. Bei Straßenhandele es sich um öffentliche Infrastruktur, die von der Allgemeinheit finanziert werden müsse, und nicht über das finanzielle Risiko für einzelne Anlieger. Doch eine höhere Grundsteuer zur Gegenfinanzierung lehnt die AfD gleichermaßen ab. „Wir leben in einem Hochsteuerland“, unterstreicht Bell. Seine Partei setzt auf die Finanzierung des Straßenausbaus aus allgemeinen Haushaltsmitteln und damit auch aufs Sparen, auf „kritische Überprüfung der kommunalen Ausgaben“. Zudem müssten Land und Bund besser am kommunalen Straßenbau beteiligt werden.

■ Durch Beiträge steuern

Die Linke gibt in Person ihrer Spitzenkandidatin Regina Preysing zu: „Es ist schwierig, hier gerecht zu sein.“ Laut Linken sollen Anlieger gerade an reinen Anliegerstraßen – mit 75 Prozent Kostenanteil für die Eigentümer – selbst entscheiden, ob die Fahrbahn für Schwerlastverkehr ausgelegt wird. Die Linke will große, von wenigen Parteien bewohnte Grundstücke stärker belasten als Grundstücke, auf denen mehr Menschen pro Quadratmeter leben. Indem sie den höheren Flächenverbrauch pro Kopf verteuert, will sie Anreize setzen, Häuser aufzustocken und auf derselben Fläche zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Flächenzersiedelung würde zurückgedrängt. Über eine höhere Grundsteuer solle dagegen der Ausbau von „Zubringerstraßen“ bezahlt werden, die der Durchgangs- oder Schwerlastverkehr unbedingt benötigt. An deren Finanzierung sollten sich auch Anlieger der umliegenden Straßen und Wohnviertel beteiligen, meinen die Linken. Auch Preysing fordert eine frühzeitigere Information und Einbindung beitragspflichtiger Anlieger beim Straßenausbau.

MATTHIAS SCHULDT

BAD WILDUNGEN

Bad Wildungen – Sprechtag des Ortsgerichts ist 17 Uhr im Rathaus; Termine unter 05621/7809924.

Jägerstammtisch ist um 19 Uhr in der Gaststätte „Auszeit“.

Sprachcafé für Frauen ist am 12. März, von 15 bis 16.30 Uhr im Mehrgenerationenhaus.

Eine Nachtwächterführung findet am Freitag, 13. März, um 19.30 Uhr statt. Tickets: www.bad-wildungen.de/ticket. Kosten: neun (acht) Euro.

St.-Liboriusgemeinde: Das Pfarrbüro ist von 15 bis 17.30 Uhr geöffnet.

Evangelische Kirchengemeinde: Um 19 Uhr DGH Reinhardshausen offenes Singen, um 19.30 Uhr im Lutherhaus Kantorei-Probe.

Hundsorf – Kellerwaldkids: Am 21. März lautet das Thema von 8 bis 10.30 Uhr „Ziegenhof - kleine Ziegen, großes Glück“. Für Kinder ab sechs Jahren auf dem Ziegenhof in Hüddingen. Anmeldungen an kellerwaldkids@web.de.

WALDECK

Höringhausen – Schützenverein: Zum Ostereierschießen für jedermann wird am Samstag, 21. März, ab 13 Uhr ins Schützenhaus eingeladen.

Waldeck – Chor „Man(n) singt“: Die Chorprobe ist heute um 18 Uhr im „Treffpunkt“ in Marienhagen.

EDERTAL

Bergheim – Die Gemeindebücherei ist jeden Mittwoch im DGH von 18 bis 19 Uhr geöffnet.

Mehlen – SV Edergold: Die Altherren-Fußballer trainieren jeden Mittwoch um 19 Uhr auf dem Sportplatz. Gäste sind ausdrücklich erwünscht und willkommen.

Die Zumba Gruppe trifft sich jeden Mittwoch um 17.30 Uhr in der Ederauenhalle. Gäste sind willkommen.



Drache „Rotfuß“ zu Gast im Weltladen

Bad Wildungen – Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Freitags im Weltladen“ liest die Bad Wildunger Kinderbuchautorin Dagmar Grienerich am Freitag aus ihrem Buch „Der grüne Drache Rotfuß“. Kinder im Alter zwischen vier und acht Jahren sind dazu eingeladen mit Großeltern, Eltern, Onkeln, Tanten. Die Lesung beginnt um 17 Uhr. Der Eintritt ist frei. red

Dämmerchoppen mit Vesper

Wellen – Wellen-Das Bürgercaféteam lädt für heute, 17. März, wieder zum Dämmerchoppen ins Dorfgemeinschaftshaus ein. Es gibt eine deftige Brotzeit mit Würstchen und Brot aus heimischer Produktion sowie Getränken aller Art. red